



MMS Bulletin # 118

Religion und Gesundheit - Spiritualität und Heilung

Schmerztherapie als ein Menschenrecht

Von Martina Staenke

Etwa 80 Prozent der Weltbevölkerung haben keinen oder nur unzureichenden Zugang zu wirksamen Schmerzmitteln. Ungefähr 89%, der weltweit zur Verfügung stehenden Opiate werden in Nordamerika und Europa verabreicht, hingegen nur 6% in den Schwellen- und Entwicklungsländern.



Weltweit leiden Millionen von Menschen unnötig unter schwersten akuten und chronischen Schmerzen, weil die Regierungspolitik vieler Länder den Zugang zu preiswerten Schmerzmitteln erschwert, Gelder für den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung fehlen und das Personal im Gesundheitswesen nicht angemessen ausgebildet wird. Nach Ansicht von Human Rights Watch ist dies eine unhaltbare Verletzung der Menschenrechte.

Schmerz tötet

“Cancer is killing us. Pain is killing me because for several days I have been unable to find injectable morphine in any place. Please Mr. Secretary of Health, do not make us suffer any more...” (Zitat einer kolumbianischen Mutter, deren Tochter an Gebärmutterhalskrebs erkrankte).

“For two days I had agonizing pain in both the back and front of my body. I thought I was going to die. The doctor said that there was no need to medicate my pain, that it was just a hematoma and that the pain would go away by itself. I was screaming all through the night” (Zitat eines Inders, der nach einem Verkehrsunfall in ein Krankenhaus eingeliefert wurde).

In einer umfassenden Studie „Please, do not make us suffer any more... Access to Pain Treatment as a Human Right“, der diese beiden Zitate entstammen, zeigt Human Rights Watch anhand zahlreicher Zeugenaussagen sehr anschaulich, was es bedeutet, trotz un-erträglicher Schmerzen nicht die nötige Behandlung zu erfahren. Etwa 80 Prozent der Weltbevölkerung haben keinen oder nur unzureichenden Zugang zu wirksamen Schmerzmitteln. Ungefähr 89%, der weltweit zur Verfügung stehenden Opiate werden in Nordamerika und Europa verabreicht, hingegen nur 6% in den Schwellen- und Entwicklungsländern, wo jedoch die Hälfte der an krebserkrankten Menschen und die Mehrheit der Aidspatienten leben.

Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, dass anhaltende mittelschwere bis schwere Schmerzen sich negativ auf die Lebensqualität der Betroffenen auswirken und eine Reihe von schwerwiegenden physischen, psychischen und sozialen Folgen mit sich bringen. Der Verlust an Mobilität und Selbständigkeit, wie z.B. zunehmende Unfähigkeit zu essen, sich zu konzentrieren, zu schlafen oder mit anderen zu interagieren, sind einige der Folgen. Eine Vielzahl der Betroffenen leiden unter Angst und Depressionen und leben in zunehmender Agonie. Viele der von Human Rights Watch interviewten Betroffenen brachten dieselben Empfindungen zum Ausdruck wie überlebende Folteropfer. Man wünscht sich den Tod, denkt an Selbstmord oder wie es auch die WHO anprangert: „Schmerz tötet“.

Unfähigkeit der Politik

Nach internationalem Recht haben alle Länder die Verpflichtung, sicherzustellen, dass Menschen, die an mittelschweren bis schweren Schmerzen leiden eine angemessene Behandlung erhalten und dass genügend Opiate für medizinische Zwecke zur Verfügung stehen. Bereits 1961 einigten sich die Staaten in der „Single Convention on Narcotic Drugs“ darauf, dass Arzneimittel wie Morphin in der Schmerztherapie unersetzlich sind. Die WHO und andere internationale Organisationen haben in den letzten zwanzig Jahren vermehrt dazu aufgerufen, dieser dem internationalen Völkerrecht entsprechenden Verpflichtungen nachzukommen und Opiate wie Morphin wurde auf die Liste der unentbehrlichen Medikamente gesetzt. Viele Länder haben es dennoch bis heute versäumt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um diese Verpflichtung umzusetzen. Heute, 50 Jahre später, ist weltweit noch immer eine eklatante Unterversorgung festzustellen und dies, obwohl das Mittel der Wahl, Morphin, billig zu erwerben ist.

Fehlende politische Richtlinien und unnötige Bürokratie

Opiate unterliegen dem Betäubungsmittelgesetz und ihre Produktion, Verteilung und Verschreibung wird weltweit streng kontrolliert. Im jeweiligen Land unterliegt die Verantwortung für eine adäquate Verteilung dieser Medikamente der alleinigen Aufsicht der jeweiligen Regierung. Vielerorts wurde es jedoch von gleichgültigen Politikern nicht für notwendig erachtet, angemessene Verteilungsstrukturen aufzubauen, Gesundheitseinrichtungen mit der Abgabe zu autorisieren und Opiate in ihren Anti-Drogengesetzen für die Schmerzbekämpfung freizugeben. Im Gegenteil, um den Missbrauch der Opiate zu verhindern, haben manche Staaten noch strengere Regulierungen eingeführt, als es international gefordert wäre. Laut Human Rights Watch wird in einigen Ländern die Verschreibung durch komplexe bürokratische Beschaffungs- und Verschreibungsvorschriften massiv eingeschränkt. So müssen z.B. in der Ukraine drei Ärzte jedes Morphin-Rezept unterschreiben oder in Guatemala muss eine Behörde in der Hauptstadt jedes Rezept abstempeln. Wenig Mut machend ist auch die Androhung von harten Strafen bei der falschen Verordnung von Opiaten.

Unwissenheit des Gesundheitspersonals

Die fehlende Ausbildung des Gesundheitspersonals in Palliativpflege, deren Kernelement eine angemessene Schmerztherapie darstellt, ist ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einer verbesserten Schmerzbekämpfung. In vielen Ländern weltweit, Industrienationen eingeschlossen, können Ärzte ein Medizinstudium absolvieren ohne sich je mit Schmerztherapie auseinandergesetzt zu haben, obwohl Schmerz bei weitem der häufigste Grund ist, warum Patienten einen Arzt konsultieren. Die resultierende Unwissenheit führt dazu, dass Opiate kaum oder nur ungern verordnet werden. Auch die Angst vor Sucht und Missbrauch ist ein weitverbreitetes Phänomen: Viele Mediziner wissen nicht, dass Abhängigkeit nur selten vorkommt, wenn Morphine richtig angewandt werden. Andere Fehlinformationen wie Schmerzen sind wichtig für die Diagnose konnten ebenfalls durch zahlreiche Studien widerlegt werden. Viele Patienten

beklagen auch eine Ignoranz seitens des medizinischen Personals gegenüber ihrem Leiden. Nicht in Palliativmedizin geschulte Ärzte unterschätzen häufig den Schweregrad der Schmerzen ihrer Patienten und unterlassen es, Opiate und Antidepressiva zu verschreiben.

Der Anspruch auf Schmerztherapie ist ein Menschenrecht und der Sicherstellung der Therapie akuter und chronischer Schmerzen gebührt daher höchste Priorität. Human Rights Watch und andere Menschenrechtsorganisationen appellieren an die Regierungen aller Staaten endlich Massnahmen zu ergreifen, um Schmerzpatienten ein menschenwürdiges und weitgehend schmerzfreies Leben und Sterben zu ermöglichen. Unnötige Barrieren müssen abgebaut, Morphin in allen staatlichen Krankenhäusern zur Verfügung gestellt und Schmerztherapie in das Kerncurriculum aller Medizinischen Fakultäten integriert werden.

**Martina Staenke arbeitet auf der Geschäftsstelle des Netzwerks Medicus Mundi Schweiz. Kontakt: mstaenke@medicusmundi.ch*

Literaturhinweise:

- „Please don't make us suffer any more..." Access to Pain Treatment as a Human Right. Human Rights Watch, New York 2009.
<http://www.hrw.org/en/node/81080/>
- International Narcotics Control Board: Narcotic Drugs Estimated World Requirements of Narcotic Drugs for 2009. E/INCB/2008/2. INCB 2009.
http://www.incb.org/pdf/annual-report/2008/en/AR_08_English.pdf
- Joint report by WHO and INCB: "Assistance Mechanism to facilitate adequate Treatment of Pain using opioid Analgesics", March 2007. http://www.who.int/medicines/areas/quality_safety/Joint_Report-WHO-INCB.pdf
- United Nations Economic and Social Council: Resolution 2005/25: Treatment of Pain Using Opioid Analgesics. <http://www.un.org/docs/ecosoc/documents/2005/resolutions/Resolution%202005-25.pdf>



Kontakt

Deutschschweiz

Medicus Mundi Schweiz
Murbacherstrasse 34
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 383 18 10
info@medicusmundi.ch

Suisse romande

Route de Ferney 150
CP 2100
CH-1211 Genève 2
Tél. +41 22 920 08 08
contact@medicusmundi.ch